

**IM VISIER VON AL-QAIDA
DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE ANTI-TERROR-STRATEGIE**

Standpunkte: unbequeme Einsichten, provokante Ansichten, weit-sichtige Vorschläge. Die sich in der Essayreihe »Standpunkte« zu Wort melden, wollen die Debatte über grundsätzliche und aktuelle Fragen der Politik vertiefen und in die Breite tragen. Die Klarheit der Argumentation lädt den Leser ein, die eigene Meinung zu schärfen – und sie ebenso energisch zu vertreten.

Im Visier von al-Qaida Deutschland braucht eine Anti-Terror-Strategie

EIN STANDPUNKT VON GUIDO STEINBERG

Für Johannes Reissner (1947–2009)

Roger de Weck

Das Gebot der Not

Es kann morgen, in einem Monat, in einem Jahr ein Attentat geben, und Deutschland würde mit einem Mal anders über den Terrorismus debattieren. Am 31. Juli 2006, in zwei Zügen nach Hamm und Koblenz, wäre es zum Äußersten gekommen, wenn den »Kofferbombnern« nicht ein »Fehler« beim Bombenbau unterlaufen wäre. »Deutschland hat einem islamistischen Anschlag nie näher gestanden«, sagte der Richter, der einen der Terroristen verurteilte.

Grundproblem jeder Strategie gegen den Terror ist die Ungleichzeitigkeit: akut das Sicherheitsrisiko, dessen Ursachen jedoch weit zurückreichen. Einerseits ist keine Sekunde zu verlieren, um Terroristen zuvorzukommen. Andererseits »ist viel Geduld und Gelassenheit gefragt«, wenn das Übel an der Wurzel anzugehen und deutsche Außenpolitik in der Welt des Islam gefragt ist, schreibt Guido Steinberg. Zwar wird »al-Qaida durch politische Maßnahmen nicht »besiegt«. Aber dank vieler kleiner und kluger Schritte des Westens mag sie »an Attraktivität verlieren, immer weniger junge Muslime rekrutieren und irgendwann als Gewaltakteur und Ideologielieferant irrelevant werden. Erfolg in der Terrorismusbekämpfung bedeutet, dass niemand mehr auf Usama Bin Laden hört, nicht, dass Usama Bin Laden von einer amerikanischen Rakete getötet wird.«

Das ist die Kernthese dieses Buches. Der Autor untermauert sie kraft seiner Kenntnis des Islam, seiner Forschung bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und seiner früheren Erfahrung als Terrorismusreferent im Kanzleramt.

Steinberg legt eine differenzierte Strategie vor, allerdings mit einer klaren und gewiss nicht überall goutierten Priorität: Das Wechselspiel zwischen polizeilich-nachrichtendienstlicher, oft kurzfristiger Prävention und außenpolitischer, sehr langfristiger »Ursachenarbeit« müsse neu austariert werden, »zugunsten der Politik«. Ein Beispiel: Durchaus sollen Fahnder mit den diktatorischen Herkunftsstaaten der Terroristen zusammenarbeiten. »Diese Kooperation muss aber Grenzen haben«, denn ein Hauptgrund für den Terrorismus sind gerade diese Gewaltregime, auf die der Westen setzt – was die Wut muslimischer Bürger nährt.

»Not kennt kein Gebot«, heißt es. Trotzdem lautet Steinbergs Gebot, bei der notwendigen Repression immer zu beachten, ob sie langfristig nicht kontraproduktiv wirke. Strategien gegen den Terror sind auch Strategien, wie mit Zielkonflikten umzugehen ist. Und die lassen sich entschärfen, wenn deutsche Außen-, Innen-, Sicherheitspolitiker und Fahnder sich noch enger abstimmen, zumal 38 deutsche Behörden mit Terrorbekämpfung befasst sind! Steinberg will »die Regierungszentrale stärken«. Er fordert eine neue Terrorismusdebatte. Sein Buch ist dazu ein kraftvoller, überzeugender Anstoß.

Berlin, im August 2009

Deutschland muss den Terrorismus politisch bekämpfen

Die Terrorismusbekämpfung ist seit 2001 zu einem wichtigen Thema der deutschen Innenpolitik geworden. Mit neuen Gesetzen, ausgeweiteten Befugnissen und sehr viel Geld bekämpfen die Sicherheitsbehörden al-Qaida und ihre Verbündeten in Deutschland. Der neue Paragraph 129b des Strafgesetzbuches, der erstmals auch die Mitgliedschaft und Unterstützung einer ausländischen terroristischen Organisation unter Strafe stellt, dazu das BKA-Gesetz, in dem die Befugnisse des Bundeskriminalamtes enorm ausgeweitet wurden, und die Anti-Terror-Datei, in der Informationen aller 38 mit der Terrorismusbekämpfung befassten Behörden abrufbar sind, bilden nur einige besonders wichtige aus einer Vielzahl von Maßnahmen. Die deutsche Terrorismusbekämpfung ist heute sehr viel effektiver als noch im Jahr 2001. Tatsächlich ist es den Innenbehörden mit großer Einsatzbereitschaft und einer gehörigen Portion Glück bisher auch gelungen, Anschläge in Deutschland zu verhindern.

Doch trotz der neuen Effektivität der deutschen Terrorismusbekämpfung ist Deutschland heute nicht sicherer als vor acht Jahren. Im Gegenteil: Während Deutschland im Jahr 2001 der al-Qaida als Operationsbasis für die Anschläge in New York und Washington diente, das Land ansonsten aber keine nennenswerte Rolle für die Terrororganisation spielte, ist es heute Ziel der al-Qaida, Anschläge in Deutschland zu verüben. Junge Muslime aus der Bundesrepublik – die meisten von ihnen Türken und Araber – reisen nach

Pakistan, um sich dort für den Kampf in Afghanistan oder eine terroristische Karriere in Europa ausbilden zu lassen. Einige von ihnen kehrten bereits 2007 zurück und wurden verhaftet, während sie Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in Deutschland vorbereiteten. Ein Türke aus dem bayerischen Ansbach verübte im März 2008 ein Selbstmordattentat auf amerikanisches Militär in Afghanistan. Und in mittlerweile regelmäßigen Abständen drohen diese jungen Leute von Pakistan und Afghanistan aus mit Attentaten auf deutsche Ziele. Deutschland ist jedenfalls im Visier von al-Qaida.

Terrorismusbekämpfung ist daher auch mehr als eine rein innenpolitische Aufgabe. Es ist eine Bedrohung, die von Pakistan, Afghanistan und aus der arabischen Welt nach Deutschland hineinwirkt. Dementsprechend erfordert sie innen- und außenpolitische Antworten. Gerade hiermit tut sich die deutsche Politik aber sehr schwer. Anstatt Konzepte für die Bekämpfung einer neuen, transnationalen Gefahr zu entwickeln, beschränkte sich die Bundesrepublik bisher darauf, die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auszubauen. Die deutschen Terrorbekämpfer kooperieren seit 2001 intensiver denn je mit ihren westlichen Partnern, aber auch mit einer ganzen Reihe von arabischen und islamisch geprägten Herkunftsländern der Dschihadisten. Zwar kommt es seitdem regelmäßig zu heftigen Debatten über die Frage, ob und in welchem Maße deutsche Stellen mit den Sicherheitskräften von Diktaturen wie Usbekistan, Algerien oder Syrien zusammenarbeiten dürfen. Es wird aber selten die Frage gestellt, ob diese Kooperation überhaupt zielführend ist. Wenn man davon ausgeht, dass dschihadistische Organisationen aus Opposi-

tionsgruppen in ihren Heimatländern hervorgegangen sind und ursprünglich die autoritären Regime dort bekämpften, ist eine solche Zusammenarbeit zumindest problematisch. Deutschland könnte auf diese Weise erst recht zu einem Ziel islamistischer Terroristen werden. Deshalb muss eine solche Politik wohlüberlegt sein.

Tatsächlich spielen übergreifende außenpolitische Erwägungen in diesem Politikfeld nur selten eine Rolle; der Ruf nach einer »effektiven« Terrorismusbekämpfung übertrönt die Bedenken der Außenpolitiker. Zwar wiederholen Verantwortliche auf allen Ebenen fast gebetsmühlenartig, dass die früher verbreitete Unterscheidung in Innen- und Außenpolitik im 21. Jahrhundert nicht mehr bestehe, doch genügt schon ein flüchtiger Blick auf die Wirklichkeit, um festzustellen, dass dies wohl für die Terroristen, nicht aber für die deutsche Sicherheitspolitik und noch weniger für die Terrorismusbekämpfung gilt. Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sind in Deutschland weitgehend getrennte Bereiche; das Gegenteil zu behaupten ist zwar verbreitet, aber eben nicht mehr als wohlklingende Rhetorik.

Die Terrorismusbekämpfung aber ist viel zu wichtig, um sie ausschließlich den professionellen Bekämpfern und ihrem Hang zu kurzfristiger Effektivität und schnellen Lösungen zu überlassen. Vielmehr braucht Deutschland längerfristig angelegte Konzepte zum Umgang mit den Dschihadisten, ihren Unterstützern und Sympathisanten, die vor allem deren transnationale Organisationsformen aufnehmen und zu diesem Zweck die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik auflösen. Diese Konzepte müssen politische Lösungsansätze beinhalten, die den Nährboden

des Terrorismus zu beseitigen suchen und einen Rahmen für die Bekämpfung der Symptome durch die Sicherheitsbehörden vorgeben.

Der wichtigste Grundsatz für eine solche politische Terrorismusbekämpfung ist, dass der Staat die terroristischen Organisationen von ihren Unterstützern und Sympathisanten isolieren muss. Dies gelingt nur, wenn er in seinem Bestreben, die Terroristen möglichst effektiv zu bekämpfen, nicht überreagiert und so ungewollt zur Radikalisierung und Rekrutierung beiträgt. Die Terroristen selbst, das heißt diejenigen, die terroristische Gewalt anwenden, können und müssen mit aller gebotenen Härte bekämpft werden. Den Sympathisanten jedoch, die den Schritt zur Gewaltanwendung noch nicht vollzogen haben, sollte der Staat entgegenkommen. Denn die Entstehung terroristischer Gruppen verweist immer auch auf tiefer liegende Fehlentwicklungen und Missstände in Politik und Gesellschaft. Um diese zu identifizieren, kann ein Staat die Beschwerden und Forderungen des Umfelds der terroristischen Szene aufnehmen und prüfen, inwieweit sie tatsächlich auf Mängel in seiner Politik hinweisen. Wo diese vorliegen, sollte der Staat gegensteuern und seine Politik ändern; wo sie nicht bestehen, sollte er auf den eigenen Positionen beharren und auch im Falle von Androhung massiver Gewalt oder sogar deren Anwendung nicht abrücken. Eine solche Politik ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Indiz für Lern- und Kritikfähigkeit – solange die Gewalttäter nur entschlossen bekämpft werden. So kann es gelingen, die Argumente der Rekrutierer zu entkräften. Nur durch solche Maßnahmen wird es gelingen, die Radikalisierung von Sympathisanten zu verhindern, die Finanzierung und die logistische Hil-

fe durch die Unterstützerszene zu verringern und so die Terrorgruppen regelrecht »auszutrocknen«. Wenn sich ein Staat hingegen ausschließlich auf eine repressive Bekämpfungsstrategie verlegt, läuft er Gefahr, den Terroristen neue Anhänger in die Arme zu treiben und das Problem damit zu perpetuieren. Genau das hat die westliche Politik seit 2001 getan – mit Deutschland im Schlepptau.

Dies zu ändern und eine neue Strategie für die Terrorismusbekämpfung auszuarbeiten, stellt eine große Herausforderung dar. Denn das Neue an al-Qaida und ihren Verbündeten ist gerade, dass ihre Sympathisanten in Südasien ebenso wie in der arabischen Welt, in Europa und noch darüber hinaus zu finden sind und ihre Unterstützerszene sehr groß ist. Wer also die dschihadistische Bewegung wirksam bekämpfen will, darf sich nicht auf das eigene Land beschränken, sondern muss Ansätze für eine länderübergreifende Politik in allen genannten Regionen entwickeln, mögliche neue Partner dort identifizieren und seine Verbündeten von diesen Konzepten überzeugen.

Dafür muss auch die deutsche Politik in Pakistan stärker aktiv werden, wo der internationale Terrorismus heute sein Epizentrum hat. Zudem wird Afghanistan immer wichtiger, wo deutsche Truppen 2009 mehr denn je im Fadenkreuz der Taliban und ihrer Verbündeten standen. Der Nahe Osten ist die Heimat der dschihadistischen Bewegung, wo autoritäre Regime ihre Oppositionsbewegungen mit brutaler Gewalt bekämpfen und so die Entstehung von al-Qaida und Co. mit verursacht haben. Der israelisch-arabische und andere ungelöste Regionalkonflikte tragen zur Radikalisierung immer neuer Generationen junger Muslime in der arabischen Welt und in Europa bei. Dieser Trend

zur Radikalisierung muslimischer Jugendlicher wird auch in Deutschland immer offensichtlicher.

Leichte Antworten auf die Frage nach neuen Konzepten gibt es in keinem dieser Fälle, aber immer wieder eine Grundregel: Eine erfolgreiche Terrorismusbekämpfung muss kurzfristig effektiv und langfristig deeskalierend sein. Und das Verhältnis zwischen Repression und Politik muss in Deutschland (ebenso wie in den USA und der gesamten westlichen Welt) neu ausgelotet werden – zugunsten der Politik. Dabei ist viel Geduld und Gelassenheit gefragt. Denn al-Qaida wird durch politische Maßnahmen nicht »besiegt«. Aber sie wird an Attraktivität verlieren, immer weniger junge Muslime rekrutieren und irgendwann als Gewaltakteur und Ideologielieferant irrelevant werden. Erfolg in der Terrorismusbekämpfung bedeutet, dass niemand mehr auf Usama Bin Laden hört, nicht, dass Usama Bin Laden von einer amerikanischen Rakete getötet wird.